

# Der freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt  
mit Erzähler vom Schwarzwald Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenburg

Amtsblatt für Wildbad  
mit amtlicher Fremdenliste

Erscheint Werktags

Telephon Nr. 31

Bezugspreis monatlich 30 Pfg. Durch die Post im Nachbarortverkehr 2.15 M., in Württemberg 2.20 M. vierteljährlich, dazu Bescheid 30 Pfg.

Anzeigen 12 Pfg., von auswärts 16 Pfg. die Garmondzeile oder deren Raum. Reklame 25 Pfg. die Zeile. Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Pfg. besonders berechnet. Bei Offerten 20 Pfg.

Nr. 26

Donnerstag, den 30. Januar 1919

36. Jahrgang.

## Freiwillige vor zum Schutze der Ostmark!

Es wird uns geschrieben:

Die Polen bedrohen Westpreußen, Posen und Oberschlesien, ein Gebiet fast 3 1/2 mal so groß wie Württemberg mit über 8 Millionen Einwohnern, von denen fast 3 Millionen Deutsche sind.

Was sind uns diese Gebiete?

Westpreußen und Posen sind höchst fruchtbares Ackerland, das nicht nur Norddeutschland, sondern auch Süddeutschland, darunter Württemberg, Getreide und Kartoffeln in gewaltiger Menge während des Kriegs und vorher geliefert hat. Allein die Provinz Posen neuerlich, obwohl räumlich nur ein Neunzehntel des Deutschen Reichsgebiets, zum jährlichen Brotgetreidebedarf der Gesamtbevölkerung Deutschlands weit über ein Sechstel während des Kriegs bei. Ebenso unverhältnismäßig groß war auch ihr Anteil an der Kartoffelerzeugung. Der Verlust der beiden Provinzen würde nicht nur die Ernährung des deutschen Volks schwer gefährden, sondern auch auf das empfindlichste die Möglichkeit innerer Ausdehnung einschränken.

Oberschlesien besitzt Kohlengruben, die unserer Industrie jährlich rund 35 Millionen Tonnen Steinkohle im Wert von 300 Millionen Mark liefern. Wenn diese Kohlenvorkommen an die Polen übergehen, wie die Eisenerzgruben Lothringens und die Kalibergwerke im Oberelsaß bereits an die Franzosen übergegangen sind, wird unsere Industrie und damit die vielen Millionen, die von ihr leben, in noch größere Bedrängnis geraten.

Wir Deutsche sind der Zahl nach ein Großvolk, haben aber im Gegensatz zu anderen Großvölkern nur ein verhältnismäßig kleines, überdichtetes Land. Soll es noch kleiner, noch ungenutzter werden, so daß wir uns schließlich kaum mehr regen können, so muß uns und unsere Frauen und Kinder den Lebensunterhalt zu verdienen, zu gewinnen sein, uns höherer Anstand als billige Arbeitskräfte in Scharen auszuwandern? Wenn wir uns schon zur Wiederabtretung der Westmark Ost-Lothringen an die Franzosen mit schweißendem Schmerz im deutschen Herzen entschließen müssen, zur Auslieferung unserer Ostmark an die Polen können und dürfen wir uns nunmehr entschließen.

Noch ist es Zeit, der politischen Waffengewalt die unsere Schwäche und Verwirrung ausnützen will, politische Waffengewalt entgegenzusetzen. Die Geschichte muß einmal nicht berichten müssen, daß Deutschland sein entwicklungsfähiges Ostland mit Recht verloren habe, da sich zu seiner Verteidigung keine deutschen Männer gefunden hätten.

Freiwillige vor! Freiwillige für das Gebiet Ost-Lothringen sollen sein, beim Bismarck-Grenzschieß-Ordnung durch Mannschaften Verwendung finden. Der Austritt aus dem Freiwilligendienst erfolgt unter Einhaltung einmonatiger Kündigung.

Anmeldungen nehmen alle Bezirkskommandos entgegen. Gebührenfrei: Mobile Wohnung nach dem Dienstgrad, mindestens M. 20.— monatlich, und mobile Verpflegung. Dazu eine Tageszulage von M. 5.— und außerdem monatlich nachträglich eine Treuprämie, die im ersten Monat M. 30.— beträgt und jeden weiteren Monat um M. 5.— bis zum Abschluß von M. 50.— steigt.

## Neues vom Tage.

### Regierungsmaßnahmen.

Berlin, 28. Jan. Die Reichsregierung hält an Berlin als Reichshauptstadt unbedingt fest.

An die Spitze der vorläufigen Reichsregierung, die nach dem Beschluß des Bundesstaatlischen Ausschusses der Nationalversammlung vorgeschlagen werden soll, wird nach der „Vossischen Zeitung“ ein vorläufiger Reichspräsident gestellt werden.

Dem Berliner Freiwilligenregiment Reinhard ist der Schutz der Nationalversammlung in Weimar übertragen worden. Zwei Bataillone des Regiments werden bereits in den nächsten Tagen in Weimar untergebracht. Die Truppe soll der Regierung für etwa notwendig werdende Maßnahmen zur Verfügung stehen.

Berlin, 28. Jan. Auf der heutigen Finanzminister

konferenz soll, wie verschiedene Morgenblätter berichten, ein Antrag von süddeutscher Seite und eventuell auch von Sachsen gestellt werden, die Einkommensteuer den Einzelstaaten zu belassen.

### Aus den Waffenstillstandsverhandlungen.

Berlin, 28. Jan. Auf die von der deutschen Kommission übermittelte Beschwerde des Kardinals Hartmann von Köln, daß die britischen Truppen in dem besetzten Gebiet Pfarrhäuser zu Einquartierung und als Offizierskasinos benutzen, ging die Antwort ein, die britischen Truppen seien angewiesen worden, Pfarrhäuser nur im Notfall zu belegen und unter keinen Umständen in ihnen Kasinos einzurichten. Alle Ausdrückungen englischer Soldaten werden rüchichtslos bestraft.

Staatssekretär Erzberger hat den General von Winterfeldt dringend gebeten, sein Amt als Leiter der Waffenstillstandskommission in Spaa trotz der begreiflichen Abneigung, unter den durch das Aufreten der Alliierten geschaffenen Verhältnissen weiter zu arbeiten, beizubehalten. Der Rücktritt würde dem Vaterland schweren Schaden bringen.

### Kohlenmangel in Berlin.

Berlin, 2. Jan. Angesichts des herrschenden Kohlenmangels und der ständig zurückgehenden Kohlenzufuhr ist, wie das „Abend-Blatt“ erzählt, damit zu rechnen, daß Ende dieser oder anfangs nächster Woche die Lieferung von Starkstrom an die Industrie eingestellt werden muß. In anderen Orten wie München, Nürnberg, Hamburg, Hannover u. a. ist die Stromlieferung bereits eingestellt oder stark beschränkt, weil in den Kohlenrevieren nur noch täglich etwa 12 000 Wagen Kohle gefördert werden gegen 38 000 früher.

### Die Lebensmittelversorgung.

Berlin, 28. Jan. In einer Versammlung der Arbeitervereine Berlins wurde mitteilt, daß man in Deutschland Ende März genötigt sein würde, die bisherige Lebensmittelverteilung um etwa die Hälfte herabzusetzen, wenn die Lieferungen des Verbands ausblieben.

### Die Wahlen.

Berlin, 28. Jan. Die Beteiligung der Bürgerlichen an den Wahlen zur reichs. Landesversammlung war überraschend gering, besonders in den größeren Städten. In Berlin wählten in einigen Bezirken nicht mehr als 30 bis 35 Prozent der bürgerlichen Wähler.

Moskau, 28. Jan. Bei den Wahlen zum verfassunggebenden medienurgischen Landtag verteilten sich die Stimm nach den vorläufigen Wahlergebnissen wie folgt: Sozial. P. 31, L. d. P. 18, D. N. P. 8, D. V. P. 3, Mittelstandspartei 1, Dorfbund 1, außerdem 2 Stimm für die verbundenen Listen der bürgerlichen des 4. Wahlkreises.

### Der Geburtstag des Kaisers.

Amsterdam, 28. Jan. Wie aus Amerongen gemeldet wird, wurde gestern aus Anlaß des Geburtstags des Kaisers im Schloß ein Gottesdienst abgehalten, dem das Kaiserpaar mit Gefolge und die gräflich Bentinische Familie beiwohnte.

### Verbannung des Kaisers?

Bern, 28. Jan. Aus London wird gemeldet, die deutsche und die holländische Regierung haben sich geeinigt, Kaiser Wilhelm nach Niederländisch-Indien zu verbannen. (Zuvor wurde die niederländisch-vestindische Insel Suracao als künstlicher Aufenthaltsort des Kaisers genannt.)

Berlin, 28. Jan. Nach einer Genfer Meldung hat der französische Regierungskommissar für das Gebiet von Metz angeordnet, daß alle Güter des Kaisers in Elsaß-Lothringen einzuziehen seien. Es handle sich um das Schloß Urbils und das daran anschließende Gut Les Renils.

### Die Spartakisten.

Wilhelmshaven, 28. Jan. Die Spartakisten haben hier das Standrecht verhängt und sich der Reichsbankhalle, der Bahnkasse und des Offizierskasinos bemächtigt.

### Proteststreik.

Oldenburg, 28. Jan. Auf der Bahnstrecke von Barel (Oldenburg) nach Wilhelmshaven streikt sämtliches Bahn- und Telegraphenpersonal, um die kommunistischen Unruhen in Wilhelmshaven zum Stillstand zu bringen.

Auch die Ärzteschaft hat sich ihnen angeschlossen. Die Unruhen haben auch nach Westerbode und Nordenhamm übergegriffen.

### Die Bedrängung der deutschen Elsaß-Lothringer.

Karlsruhe, 28. Jan. Aus Straßburg zurückgekehrte Deutsche berichten, daß sie sich in den frühen Morgenstunden zum Abtransport auf dem Güterbahnhof einfinden mußten. Nach fundenlangem Warten setzte sich der Zug endlich um die Mittagstunde in Bewegung. Als sie dann nachmittags in Rehl die neutrale Zone erreichten, wurde ihnen mitgeteilt, daß sie ihr Gepäck um 7 Uhr abends in Rehl auf dem Bahnhof in Empfang nehmen können. Es war aber größtenteils verschwunden und mit ihm die letzte Habe, die sie mitnehmen durften. Einer der Reisenden erhielt von 4 aufgegebenen Koffern nur einen einzigen zurück.

Bekanntlich wurde in Elsaß-Lothringen sofort nach der Besetzung durch die Franzosen die französische Währung eingeführt. Die Bevölkerung ist infolgedessen gezwungen, das deutsche Geld in Franken umzutauschen. Bei dieser Gelegenheit werden die Deutschen überfordert, indem man sie zwingt, für 100 Franken 100 Mark zu zahlen, während die Elsaßer für 100 Franken 100 Mark bezahlen. Die Ausgewiesenen dürfen aber kein französisches Geld beim Überreichen der Rheinbrücken in deutsches umwandeln, wobei von den französischen Besatzungstruppen des rechten Rheinufers in freundschaftlicher Weise für 100 Franken, wofür die Ausgewiesenen aber 100 Mark hatten bezahlen müssen, um in Elsaß-Lothringen Zahlungen leisten zu können, nur 40 Mark geboten werden! Es droht den Ausgewiesenen nichts anderes übrig, als darauf einzugehen. Im ganzen erleiden sie also einen Geldverlust von 75 Prozent.

### Der Krieg im Osten.

Bromberg, 28. Jan. (Amstich.) Wilhelmshorst (Polen) wurde am 27. Jan. nachmittags von etwa 60 Polen mit einem Maschinengewehr angegriffen. Die Angreifer wurden abgewiesen und bis Georgental zurückgetrieben. In den übrigen Teilen des Abschnitts Baranuffentätigkeit. Die Orte Ciesdorf, Targowisko, Wiskiborff, Cichonau, Kirschgrund und Klein-Neudorf sind vom Feinde frei.

Wien, 28. Jan. Die „Neue Freie Presse“ meldet die Besetzung von Tscheken durch die Tscheken, nachdem bei einem Kampfe mit den Polen diese zurückgeworfen worden waren und über 70 Gefangene und 300 Verwundete und Tote auf dem Kampfsplatz zurückgelassen hatten.

Währisch-Ostau, 28. Jan. Gestern unternahm die Polen gegen die tschechischen Truppen einen Angriff, der abgewiesen wurde. Unser Militär nahm die polnischen Stellungen zwischen Kacieje und Hribowicz ein, erbeutete Kriegsmaterial und nahm 77 Mann mit einem überwundenen Offizier gefangen. Die Polen ließen 50 Verwundete und 30 Tote zurück. 60 bis 80 Prozent der Bergarbeiter sind zur Arbeit zurückgekehrt.

Warschau, 27. Jan. Ministerpräsident Paderewski sandte an die Regierung der tschecho-slowakischen Republik eine Protestnote wegen des Vorrückens der tschecho-slowakischen Truppen.

London, 28. Jan. Die „Times“ meldet, daß das bolschewistische Heer in Estland sich nur noch aus einigen bewaffneten chinesischen Banden, einigen Bataillonen lettischer und estnischer Kommunisten und einigen Abteilungen der früheren Deutschen und Estnischen Kerntruppen zusammensetzt. Der Chef des estnischen Generalstabs ist der Ansicht, daß die Lage nie günstiger gewesen sei für eine unblutige Einnahme von St. Petersburg. Die bolschewistischen Führer fürchteten vor allem die Möglichkeit, daß die Einheiten eingreifen und englische Kriegsschiffe vor Kronstadt erscheinen könnten.

### Von der Friedenskonferenz.

Berlin, 28. Jan. Wie der „Vollstanziger“ aus Paris erfährt, war der Oberste Kriegsrat gestern von vormittags 10 Uhr ab zur Besprechung der Frage der deutschen Kolonien versammelt. Frankreich und England waren darüber einig, daß die Kolonien auf keinen Fall zurückgegeben werden sollen. Amicales Anstich sei noch nicht bekannt. Frankreich werde Anspruch auf Kamerun erheben, während Belgien die Landstriche verlange, die seine eigenen Truppen erobert hätten.

Paris, 28. Jan. (Reuter.) Der Minister des Auswärtigen teilte im Kammerauschuss mit, daß die allgemeine Friedenskonferenz aller Kriegsführenden einschließlich Deutschlands, die



am 2. Mai, dem Jahrestag des Zusammentritts der Friedenskonferenz in Frankfurt a. M., beginnen solle. (Der Frankfurter Friedensvertrag wurde nach neuntägigen Verhandlungen am 10. Mai 1871 im ehemaligen Hotel Schwan unterzeichnet. Die amtlichen Urkunden oder Ratifikationen wurden ebendort am 20. Mai ausgetauscht.)

**Paris, 28. Jan. (Havas.)** Der schweizerische Präsident Ador hat Paris gestern abend verlassen.

#### Ablehnung der Russen.

**Wien, 28. Jan.** Nach der Slav. Korr. wird kein Staat in Rußland der Einladung der Ententemächte zu den Verhandlungen auf den Prinzeninseln Folge leisten.

#### Die Propaganda der Bolschewisten.

**London, 28. Jan.** Die „Times“ berichtet, am 18. Januar habe in London eine bolschewistische Versammlung stattgefunden, zu der nur Personen mit Eintrittskarten zugelassen wurden. In der Versammlung sei die Organisation eines allgemeinen Ausstands als erster Schritt zur Revolution besprochen worden. Es wurden Ausschüsse gebildet, die für die Versorgung der Revolutionäre und ihrer Familien mit Brennmaterial und Lebensmitteln sorgen sollten.

Nach einer Meldung der Blätter verbreitet sich der Streik über ganz England mit großer Schnelligkeit und droht auch, auf Irland überzugreifen.

**Prag, 28. Jan.** Nach Prager Blättern soll in der vergangenen Woche Trojky in Wien gewelt haben.

#### Die Konferenz der Internationale.

**Bern, 28. Jan.** Die Schweiz. Dep.-Ag. meldet, daß der österreichische Sozialist Adler (der Mörder Stürgk's) der Berner Konferenz beizuwohnen werde, nachdem das internationale sozialistische Komitee geeignete Schritte beim Bundesrat unternommen hatte. Bisher sind 40 Abordnungen mit 120 Mitgliedern angemeldet, die 12 verschiedene Länder vertreten. Die spanischen Delegierten werden nun doch noch in Bern erwartet.

#### 100 Millionen mit Einschränkung.

**Washington, 28. Jan.** Der Senat hat die von Wilson verlangten 100 Millionen Dollar für die Hilfeleistung in Europa unter der Bedingung bewilligt, daß Deutschland und Oesterreich-Ungarn davon ausgeschlossen seien.

Der Dampfer „Westwardno“ ist mit einer Ladung Lebensmittel und Kleidung für die Polen im Wert von 2 Millionen Dollar nach Danzig abgegangen.

#### Die Umwälzung in Portugal.

**Lissabon, 28. Jan. (Havas.)** Die revolutionäre Bewegung ist in Lissabon zu Ende. Die tren gebliebenen Freiwilligenregimenter sind schon abgerüstet worden. Im Norden des Landes wurden gegen Oporto in Beaganga und Vizeu Truppen zusammengezogen. Die Republik wurde wieder aufgerichtet.

#### Zum Verfassungsentwurf.

**Berlin, 28. Jan.** Zum Verfassungsentwurf stellt Professor Gustav Radbruch im „Vorwärts“ drei Forderungen auf. Zu § 20 beantragt er: Inhalt und Geist der Verfassung sind zum Vorrang des Volks, Mittel und Hochschulinunterricht und in allen Zweigen des öffentlichen Prüfungswesens zum Gegenstand zu machen. Im § 1 scheint es ihm unumgänglich, unter die Zuständigkeit des Reichs die Gesetzgebung über die Bergesellschaftung von Wirtschaftsbetrieben in einer elastischen, von volkswirtschaftlicher Seite sorgfältig zu prüfenden Fassung anzunehmen. Weiter sagt Radbruch: Wie der Wille zur Sozialisierung bedarf auch der unwiderrufliche Wille zur Republik bestimmtesten Ausdrucks. Kein Mitglied einer früheren landesherrlichen Familie des Deutschen Reichs oder des ehemaligen Deutschen Bundes kann zum Präsidenten des Deutschen Reichs oder zum Oberhaupt eines deutschen Freistaats gewählt werden.

#### Die Gewerkschaften zur Int. Konferenz.

**Berlin, 28. Jan.** Das Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands widmet dem Zusammentritt der Sozialistenkonferenz in Bern einen Artikel, aus dem hervorgeht, daß in Deutschland die sozialen Erzeugnisse der Revolution nur dann erhalten werden können, wenn die Konkurrenzländer der deutschen Industrie sich zu den gleichen Einrichtungen verstehen.

Die Generalkommission erhebt, wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt, eine schwere Anklage gegen die Sozialisten der Entente. Letztere habe in den besetzten Landesteilen Deutschlands nichts eifrigeres zu tun, als Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, Löhne zu reduzieren, Arbeitszeiten zu verlängern. Für die Friedenskonferenz werde Deutschland, wie es in dem Blatt weiter heißt, mit wohlbedachtem Programm für die internationale Sozialpolitik heraustrreten.

#### Die Franzosen in Leopoldshöhe.

**Strasburg, 28. Jan.** Gestern mittag besetzten die Franzosen den rechtsrheinischen Brückenkopf der Eisenbahnbrücke bei Leopoldshöhe. Die dort befindliche Wache der Volkswacht mußte sich zurückziehen.

#### Politische Justiz.

**Paris, 28. Jan.** Die Pariser Ausgabe des „Daily Mail“ bringt eine Unterredung mit Georg Wickerham, früherer Generalkonsul in Amerika und Mitglied des französischen Kabinetts, über die „Schuld des Kaisers“. Er erklärte, juristisch bestünde keine Möglichkeit, den Kaiser zu verurteilen. Man könne vielleicht eine moralische Schuld feststellen, aber seine Verurteilung durch einen irgendwie gearteten Gerichtshof würde rein politischer nicht richterlicher Natur sein und sei aufgrund des bestehenden Völkerrechts nicht möglich.

#### Militarismus in Amerika.

**Washington, 27. Jan. (Reuter.)** General Marshall leitete im Senatsauschuß für Heeresangelegenheiten mit, daß Abmachungen getroffen seien, 300 000 Amerikaner im Monat heimabzubehalten. Das gesamte Expeditions-

heer solle innerhalb 6 Monaten abtransportiert und abgerüstet werden. Wilson werde die Stärke des amerikanischen Belegungsheeres festsetzen; 10 Divisionen seien als Anteil Amerikas angeregt worden. Marsh fügte hinzu, er sei dafür, daß die Vereinigten Staaten ein stehendes Heer von 3 1/2 Millionen besitzen.

#### Bolschewistische Greuel.

**London, 27. Jan. (Reuter.)** Mehrere Regimenter der Roten Garde sind desertiert, sobald sie gut organisierten Streitkräften gegenüber gestellt wurden, was ein deutliches Zeichen dafür ist, daß das bolschewistische Heer sich von der Propaganda mehr Erfolg verspricht als vom kämpfen. Aus Omsk wird berichtet, daß die Bolschewiki, obgleich sie wenig zahlreich sind, unbeschreibliche „anfamkeiten unter der Bevölkerung begehen. Alle Kirchen sind geschlossen, viele Geistliche ermordet worden. Ein Bischof wurde lebendig verbrannt.

#### Der neue Bundesrat.

**Berlin, 29. Jan.** Die Volksbeauftragten stimmten dem Entwurf des Freistaatenausschusses mit geringen Änderungen zu. Das in dem Entwurf enthaltene Wort „Bundesrat“ soll ausgemerzt werden sein. Die Einrichtung des Bundesrats bleibt aber tatsächlich erhalten. Jeder Freistaat mit weniger als 1 Million Einwohnern solle einen Vertreter in einem sogenannten Staatenhaus erhalten, alle übrigen für je 1 Million Einwohner 1 Vertreter, Bayern mit 6,8 Millionen 7, Preußen statt 17 Stimmen 19.

In der „Germania“ heißt es am Schluß einer Betrachtung über den Entwurf einer neuen Reichsverfassung, die Nationalversammlung werde sich darüber klar werden müssen, ob sie durch Billigung von Verfassungsbestimmungen, wie sie der § 19 des Entwurfs von Dr. Preuß enthält, die Hand zur Entfesselung eines neuen Kulturkampfes bieten wolle und auch die Landesversammlungen, vor allem die preussische, würden sich vor diese schicksalsschwere Entscheidung gestellt sehen.

In der „Kreuzzeitung“ liest man: Es wäre das beste und sinngemäßeste, wenn die Aufnahme Deutsch-Oesterreichs und die Annahme der neuen deutschen Reichsverfassung in einem gemeinsamen staatsrechtlichen Akt in Weimar vollzogen würde. Es gibt keine Bedenken und Gegenstände mehr. Lebte Bismarck heute unter uns, so ist kein Zweifel, er würde heute das Reich in bewußt großdeutscher Richtung wieder aufbauen.

#### Die preussischen Wahlen.

**Berlin, 29. Jan.** Das Ergebnis aus den Wahlen zur preuss. Landesversammlung liegt nichtamtlich für 401 Mandate vor. Davon entfallen auf die S.P. 142, Chr.B.P. (Zentr.) 87, D.d.P. 61, D.N.B.P. 41, U.S.P. 24, D.V.P. 18 Mandate. Außerdem erhielten die schleswig-holsteinischen Bauern- und Landarbeiterdemokraten 1 Sitz, die Welsen des 15. Wahlkreises (Munich) 2, und die des 16. Wahlkreises (Hannover) 4 Sitze. Aus Posen liegen noch keine Nachrichten vor, da die Verbindung unterbrochen ist.

#### Reichsvermögenssteuer.

**Weimar, 29. Jan.** Aus der Konferenz der Finanzminister in Weimar wird berichtet, daß die Vermögenssteuer wohl an das Reich übergehen werde. Die Freistaaten sollen aber die Möglichkeit haben, einen Zuschlag auf diese Steuer zu erheben.

#### Kein Dauerfriede.

**Berlin, 29. Jan.** Der „Vorwärts“ schreibt: Die Friedensverhandlungen schleppt sich unendlich lange hinaus. Die unterlegenen Gegner werden vollständig ausgeschaltet. Ein diktiert Friede wird niemals ein gerechter Friede werden. Der angestrebte Dauerfriede wird schon bei seiner Geburt mit dem Todeskeim behaftet.

#### Die Bagdadbahn.

**Berlin, 29. Jan.** Wie die „Voss. Ztg.“ berichtet, haben die britischen Behörden die Bagdadbahn übernommen. Der Generaldirektor Luqmanin, ein Schweizer, ist entlassen worden. Die Eisenbahnen in der europäischen Türkei seien in die Verwaltung der französischen Behörden übergegangen.

#### Unerhörte Rechtswidrigkeit.

**Berlin, 29. Jan.** Von feindlicher Seite ist anbefohlen worden, daß alle Personen, die während des Kriegs an der Beschaffung und Beförderung von Maschinen und Geräten aus Frankreich und Belgien beteiligt waren oder solche Maschinen von der deutschen Heeresverwaltung käuflich erworben haben, verhaftet und abgeurteilt werden sollen. Die deutsche Waffenstillstandskommission in Spaa hat gegen die Verfügung wiederholten Einspruch erhoben und die Freigabe aller der schon Verhafteten und in Untersuchung gezogenen verlangt, da für die Beschaffung und den Verkauf der Maschinen nur die deutsche Regierung und die Heeresverwaltung verantwortlich sei.

#### Hindenburg Ehrenbürger von Kassel.

**Kassel, 29. Jan.** Magistrat und Stadtverordnetenversammlung beschloßen, Generalfeldmarschall v. Hindenburg zum Ehrenbürger der Stadt Kassel zu ernennen, nachdem er fast zwei Monate lang in treuer und unermüdblicher Pflichterfüllung von hier aus die Demobilisation unseres Heeres geleitet hat. Der Ehrenbürgerbrief wurde ihm heute durch den Oberbürgermeister und den Stadtverordnetenvorsteher überbracht.

#### Keine Geburtstagsfeier.

**Berlin, 29. Jan.** Die „Freiheit“, das Blatt der Unabhängigen, hatte behauptet, im Großen Hauptquartier in Kassel habe am Abend des 26. Januar eine Feier des Geburtstags des Kaisers stattgefunden, an der Hindenburg und verschiedene Offiziere teilgenommen haben sollen. Die „Deutsche Allg. Ztg.“ stellt demgegenüber fest, daß an jenem Abend des Ausscheidens dreier Offiziere aus der Heeresleitung in der dort üblichen einfachen Weise begangen worden sei. In den Reden sei der Geburtstag des Kaisers nicht einmal erwähnt worden.

#### Frei erfunden.

**Berlin, 28. Jan.** Die „Deutsche Allg. Ztg.“ schreibt halbamtlich: Die in der ausländischen Presse verbreiteten Nachrichten über angebliche Verhandlungen zwischen der deutschen und der holländischen Regierung wegen einer Ueberführung des früheren Kaisers nach Hollandisch-Indien sind frei erfunden.

#### Der Streit um die Kommandogewalt.

**Berlin, 29. Jan.** Der Deutsche Offiziersbund hielt gestern in der Philharmonie eine Versammlung ab zur Besprechung des Erlasses des Kriegsministeriums über die Regelung der Kommandogewalt und die Frage der Rangabzeichen. Stellenweise verlief die Versammlung sehr stürmisch. Es zeigte sich, daß ein großer Teil der Anwesenden für die Anwendung der schärfsten Mittel war, um eine Zurücknahme des Erlasses zu erreichen. Der anwesende Kriegsminister nahm selbst das Wort und übernahm die Verantwortung für den Erlass.

**Magdeburg, 29. Jan.** Der Delegiertentag der Soldatenräte des 4. Armeekorps hat beschlossen, den Erlass über die Kommandogewalt für ungültig zu erklären. Bis zur gesetzlichen Festlegung der Stellung der Soldatenräte durch einen neu zu berufenden Reichs-Soldatenratkongress soll im Bereich des 4. Armeekorps die ausführende Kommandogewalt der Soldatenrat in Händen haben. Offiziere und Beamte, die sich diesem widersetzen, sollen entlassen werden.

**Berlin, 29. Jan.** Der Parteitag der unabhängigen Sozialdemokraten wird erst in zwei bis drei Wochen in Berlin zusammentreten.

#### Die Spartakisten.

**Berlin, 29. Jan.** Es ist jetzt festgestellt, daß der Spartakist Eichhorn, solange er „Polizeipräsident“ von Berlin war, monatlich 1600 M. aus Rußland bezogen hat.

**Berlin, 29. Jan.** Aus Wilhelmshaven erfährt ein Hamburger Blatt: Von der Wilhelmshavener Junkenfaktion sind folgende Junkenprache ausgesandt worden: An Staatssekretär Noske, Berlin. Ruhe in Wilhelmshaven wieder hergestellt. Eintreise in Berlin Freitag. Ruhet. — An den Arbeiter- und Soldatenrat Althorn. Lage klärt sich. Einzelne Unstimmigkeiten werden im Laufe des Tags beseitigt. Her-Nat von Wilhelmshaven.

#### Arbeitszwang.

**Berlin, 29. Jan.** Wie der „Berl. Volksanz.“ erfährt, schweben bei den zuständigen Stellen ernste Erwägungen wegen Erlasses eines Gesetzes über die Einführung des Arbeitszwangs.

#### Ausstand.

**Berlin, 29. Jan.** Die in zwei Ausbesserungswerkstätten der Großen Berliner Straßenbahn beschäftigten 940 Arbeiter sind in den Ausstand getreten, weil ihnen die geforderte sogenannte Entschuldigungszulage von 500 Mark nicht zugestimmt wurde.

#### Massenprotest gegen Beleidigungen.

**Stettin, 29. Jan.** Eine Versammlung von 5000 Beamten protestierte gegen eine erzwungene Trauer für Liebknecht und forderte von dem Arbeiter- und Soldatenrat eine ausreichende Genugtuung für die Behörden und insbesondere für den Oberpräsidenten wegen der durch die gewalttätige Hissung von roten Flaggen anlässlich der Beerdigung Liebknechts angetanen Beleidigung. Auch die Soldatenräte der aktiven Regimenter und der Marineformationen Stettins protestierten öffentlich gegen die Sympathiekundgebungen für Liebknecht, der den Brudermord verschuldet habe.

#### Der Krieg im Osten.

**Berlin, 29. Jan.** Nachdem von den zur Heeresgruppe Kiev gehörigen Truppen der letzte Transport auf Richtung Gomel am 25. Januar in Pinsk eingetroffen war, wurde Pinsk am 26. Januar geräumt. In Posen sind aus der Richtung Kiev nur noch 25 Transportzüge zu erwarten. Voraussichtlich wird daher am 1. Februar die Ukraine von den deutschen Truppen bis auf die in Nikolajewsk und Odessa abgetrennten geräumt sein. Sämtliche Truppen, die zu Fuß zurückmarschierten haben die Linie Pinsk-Kowel in westlicher Richtung überschritten.

**Bromberg, 29. Jan.** Leutnant Rogalla vom 14. Infanterie-Regt., Sohn des Gemeindevorstehers in Schlenfenau, ist am vergangenen Mittwoch im Laufe von Verhandlungen, die er als Parlamentär mit den Polen bei Thure führte, mit Gewehrkolben erschlagen worden.

**Ugram, 29. Jan.** Serbische Bataillone zogen in Zinne ein, das von den Italienern geräumt wurde.

#### Wien „freie Stadt“.

**Wien, 29. Jan.** In einer Versammlung erklärte Bürgermeister Dr. Weiskirchner, der Anschluß Deutsch-Oesterreichs an Deutschland könne unter der Voraussetzung erfolgen, daß Oesterreich die Sicherheit einer Lebensregierung geboten und insbesondere auch die Zukunft Wiens den Wienern verbürgt werde. Er habe den Gedanken aus Deutschland übernommen, Wien als „freie Stadt“ zu erklären und Wien in die Reihe der Bundesstaaten aufzunehmen. Es werde kaum ein anderer Weg übrig bleiben. — Der Zentrumsabg. Dr. Pfeiffer-Berlin sagte, das Zentrum sehe kein Hindernis darin, daß die Hälfte des Schwergewichts in Wien liege, wenn ein Präsident zeitweise seinen Wohnsitz in Wien aufschlage. Die Deutsch-Oesterreicher eröffnen einen befruchtenden Weg den Orient. (Gemeint ist wohl, daß der Präsident der deutschen Republik auch ein Oesterreicher sein und in Wien residieren kann. D. Schr.)

#### Von der Friedenskonferenz.

**Paris, 29. Jan. (Havas.)** Bezüglich der Kolonien hat die Konferenz eine Fassung vorgelesen, nach der die Verwaltung der ehemaligen deutschen Kolonien dem Völk-



erbund übertragen wird, der seine Befugnisse an die unmittelbar interessierten Nationen überträgt. Wenn dieser Gedanke sich durchsetzt, wird Frankreich Logo und zwei Drittel von Kamerun „verwalten“.

### Die Kleinen gegen die Großen.

**London, 29. Jan.** Die „Times“ meldet aus Paris, in einflussreichen Kreisen sei man der Meinung, daß die Geschäftsordnung und die innere Einrichtung der Friedenskonferenz abgeändert werden müsse. Sonst sei zu befürchten, daß gegen den Standpunkt Clemenceaus, daß die Friedenskonferenz nur eine Angelegenheit der Großmächte sei, etwas unternommen werde. Daher sollen die Kleinen Staaten bei der Besprechung von Fragen von allgemeinem Interesse und die sie selbst betreffen, zu Rate gezogen werden. So könnte vermieden werden, daß die Konferenz in Gruppen von Großmächten und Kleinstaaten sich spalte.

### Was Ador berichtet.

**Genf, 29. Jan.** (Schweiz, Dep.-Ag.) Bundespräsident Ador traf, von Paris kommend, gestern vormittag in Genf ein. In Beantwortung einer Begrüßungsansprache des Vorsitzenden des Genfer Stadtrats führte der Bundespräsident u. a. aus: In wirtschaftlicher Hinsicht wurden von den französischen Ministern ausgezeichnete Zusicherungen gegeben. Die Fragen, die den Gotthard-Vertrag, den Baseler Bahnhofs- und die Flußschiffahrt betreffen, wurden mit lebhaftem Interesse aufgenommen. Die Zonenfrage wird durch eine französisch-schweizerische Kommission geregelt werden. Besonders werde die Stellung der Schweiz gemäß ihrer Jahrhunderte langen Ueberlieferung und der internationalen Bedeutung ihrer Neutralität klar gestellt werden müssen. Die Pariser Konferenz sei keine Friedenskonferenz, vielmehr eine Vereinigung der Verbündeten zwecks Besprechung der dem Besiegten aufzuerlegenden Bedingungen. Deshalb werden die neutral gebliebenen Staaten nicht zugelassen. Wenn einmal der Bund der Nationen bestimmte Gestalt annähme, würden auch die Neutralen dazu berufen.

**Bern, 29. Jan.** (Schweiz, Dep.-Ag.) Graf Andrássy traf gestern hier ein.

### Nationalratswahlen in der Schweiz.

**Bern, 29. Jan.** Nachdem im letzten Oktober das Schweizer Volk sich für Einführung des Verhältnisystems bei den Wahlen für den Nationalrat (schweizerischer Reichstag) ausgesprochen hatte, beschloß gestern der Nationalrat, die Neuwahlen schon im Herbst 1919 vorzunehmen. Die Amtsdauer des gegenwärtigen Nationalrats wäre erst im Herbst 1920 abgelaufen.

### Die Versorgung der Schweiz.

**Bern, 28. Jan.** (Schweiz, Dep.-Ag.) Die in Washington geführten Verhandlungen über die Erneuerung des Abkommens mit den Vereinigten Staaten sind zum Abschluß gekommen. Die Vereinigten Staaten werden vom 1. Januar bis 30. September Ausfuhrbewilligung erteilen für 300 000 Tonnen Brotgetreide, 112 000 Tonnen Hafer, 137 000 Tonnen Mais, 96 000 Tonnen Jücker und 8000 Tonnen Speisefett. Dafür wird ein Schiffsraum von 70 000 Tonnen zugesichert. Sobald die Verhältnisse es gestatten, werden sowohl Waren wie Schiffsraum erhöht werden. Die Schweiz verpflichtet sich, 5000 Stück Zuckerrüben nach Frankreich zu liefern und für andere Waren Ausfuhrbewilligung zu erteilen, soweit es möglich ist. (Die 70 000 Tonnen oder mehr hat bekanntlich Deutschland zu stellen.)

### Der Krieg im Osten.

**Bromberg, 29. Jan.** (Amtlich.) Gegen 5 Uhr nachmittags griffen gestern die Polen in einer Stärke Stärke von etwa 200 Mann Wilhelmshof an. Sie wurden abgewiesen und bis Paulina zurückgeworfen. Paulina wurde angegriffen. Unter Zurücklassung von zwei Maschinengewehren und Munition zogen sich die Polen fluchtartig zurück. In der Gegend von Rejfeld erfolgreiche Patrouillentätigkeit. In den übrigen Abschnitten herrscht Ruhe. (Wilhelmshof und Paulina sind Siedlungskolonien mit zahlreichen Württembergern.)

**Wina, 29. Jan.** Die lettische Taxiba hat das Ministerium Wodemie gestürzt und dem gegenwärtig in Kopenhagen befindlichen Präsidenten desselben nach Wina zurückberufen, um von ihm Rechenschaft über seine Amtsführung zu verlangen. Das neue Ministerium hat einen Aufruf zu den bolschewistischen Ueberfall erlassen.

### Die Bolschewisten in Petersburg.

**Newyork, 29. Jan.** Die „Newyork Times“ veröffentlicht eine Meldung aus Helsingfors, Petersburg sei auf Wege der Herdörnung. Die Bolschewisten entnehmen den Privathäusern alle Möbel, den Banken alle Wertpapiere, den Museen alle Kunstgegenstände.

### Deutsche Polizei auf dem Schab.

**Paris, 29. Jan.** Der „Temps“ meldet, daß die deutschen Polizeieinheiten der verschiedenen Besetzungsschnitte auf dem Schab nach Deutschland beordert werden. Jeder Deutsche erhalte das sofortige Recht zur Abreise nach Deutschland. — Der Militärdebetkommissar für Metz hat einen Untersuchungsausschuß für Feststellung der von den Deutschen in Essah-Vothringen erlassenen Zwangsmassnahmen eingesetzt.

### Krisis in Belgien.

**Paris, 29. Jan.** „Petit Parisien“ bestätigt, daß in Belgien wegen der Einführung des Frauenstimmrechts und der Flamenfrage eine Ministerkrisis ausgebrochen sei, die durch die allgemeine Erregung und verschiedene Ausstände verschärft werde.

### Die Deutschen in Ungarn.

**Budapest, 29. Jan.** Ein von der ungarischen Regierung am 28. Januar erlassenes Volksgesetz über die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts der Deutschen in Ungarn sichert diesen volle Selbständigkeit für Innenverwaltung, Rechtspflege und Unterrichtswesen zu. Die deutsche Sprache wird als Verkehrssprache zugesichert. Für eigene Anwaltschaften wird eine deutsche National-

versammlung gewählt. Oberste Behörde der deutschen Nation wird das deutsche Ministerium mit dem Sitz in Budapest sein.

### Beschlagnahme.

**Wien, 29. Jan.** Der italienische Kommandant Arlotta hat in Konstantinopel die Gebäude der österreichisch-ungar. Volkshaus, des Konsulats und der Schule beschlagnahmt, weil der Grund ehemals venetianisches Eigentum gewesen sei. Die österreichische Regierung hat Einspruch erhoben (Als Venedig aufhörte, selbständige Republik zu sein, kam Venetien 1797, als es noch lange kein Italien gab, an Oesterreich, bei dem es bis 1866 verblieb.)

### Die amerikanische Ausfuhr.

**Bern, 29. Jan.** Das amerikanische Handelsdepartement schätzt die Gesamtausfuhr der Vereinigten Staaten im Jahre 1918 auf 6150 Millionen Dollar, d. h. auf 82 Millionen Dollar weniger als im Jahre 1917. (Die Gesamteinfuhr betrug 1031 Mill. Dollar.)

### Der Sozialismus in Spanien.

**Madrid, 29. Jan.** (Havas.) Der Ministerrat hat die von der allgemeinen Arbeitervereinerung unterbreiteten sozialen Forderungen grundsätzlich angenommen. Er beauftragte den Ausschuß für Sozialreform, einen Bericht zur Vorbereitung der nötigen Gesetzesvorlage auszuarbeiten.

### Lokales.

\* **Linderkranz.** Die gestern Abend im Hotel gold. Stern stattgehabte Generalversammlung des Linderkranzes war sehr zahlreich besucht. Die Neuwahlen brachten eine einstimmige Wiederwahl des Vorstandes und Kassiers. An Stelle des verstorbenen Schriftf. Herrn Kiezingler wurde Herr Louis Koch Zimmermeister gewählt. Die Ausschußmitglieder blieben wie bisher, der erste Vah wählt Herr Linder an Stelle des ausgeschiedenen Herr Louis Koch. Der Vorstand gedachte in ehrenden Worten der im Kriege Gefallenen und des kürzlich verstorbenen Herrn Hermann Kiezingler. Besonders lobenswert ist der Beitritt zahlreicher neuer Sänger welche der Vorstand willkommen hieß. Einige heitere Lieder schloßen den schön verlaufenen Abend mit dem Wunsche auf Wiedersehen am Samstag Abend in der Linde, wo, wie aus dem Inseratenteil ersichtlich ist, ein Unterhaltungsabend für die passiven und aktiven Mitglieder stattfindet.

§ In 3 schön verlaufenen Begrüßungsfeiern (2 hier und 1 in Sprollenhaus) hat die Stadtgemeinde nun unsere heimkehrenden Krieger willkommen geheißen und sie bewirtet. Es haben sich hieran insgesamt 711 Krieger beteiligt. Der Gesamtaufwand der Stadt hierfür beziffert sich auf 7110 Mk., wozu noch die Kosten der Musik, der Heizung und Beleuchtung kommen. Während des Krieges hat die Stadt auch des Oesterreich ihrer im Felde stehenden Söhne gedacht; für Brinaditgeschenke etc. hat sie während der 4 Kriegsjahre 6340 Mk. aufgewendet. Außerdem hat sie noch etwas geleistet, was keine einzige Gemeinde des Bezirks und nur ganz wenige des Landes taten. Sie gab zu Folge eines schon am ersten Tage der Mobilmachung erfolgten Beschlusses der Gemeindefolge jedem zum Heere eingezogenen Krieger eine Gabe von 20 Mark aus der Stadtkasse. Der Aufwand beträgt hierfür:

1914/15	9820 Mk.
1915/16	3560 Mk.
1916/17	1260 Mk.
1917/18	1540 Mk.
1918	1180 Mk.

Zus. 17 360 Mk.

**Widdach, den 30. Jan. Gingesand.** Die Wählerversammlungen sind nun gottlob vorüber. Der ev. Kirchenchor möchte darum die verehrl. Einwohnerschaft auf kommenden Sonntag, den 2. Febr. zu einem Unterhaltungsabend in den Lindenaal einladen. Es soll dem Ernst der Zeit entsprechend kein Abend ausgelassener Freude sein. Dem entspricht darum auch das Programm. Es kommen Chöre und Solo wie „des Kriegers Heimkehr“, „das Grab in Flandern“ u. a. zum Vortrag. Auch einen größeren Chor („Zigeunerleben“ von Schuhmann) mit Klavierbegleitung finden wir im Programm. Ein herrliches Feuerspiel: „Wer soll die Krone tragen?“ sowie das Theaterstück „Heimkehr“ und eine kleine, launige Humoreske „die verlorene Brotkarte“ sollen den Schluß bilden. Der hiesige Linderkranz hat in liebenswürdiger Weise seine Mitwirkung zugesagt. Wer also einen schönen, gemüthlichen Abend erleben möchte und seine Sorgen und Kummernisse auf einige Stunden vergessen will, komme in den Unterhaltungsabend.

Damit nicht wie in früheren Jahren eine Ueberfüllung des Lindenaales stattfindet, sollen auf Samstag Abend nur die aktiven und passiven Mitglieder der beiden Vereine eingeladen werden. Die übrigen verehrl. Einwohner sollen am Sonntag Abend willkommen sein. Um an beiden Abenden die Kinder fern zu halten, hat sich der Kirchenchor entschlossen am Sonntag mittag für die Kinder eine besondere Aufführung zu veranstalten. (Siehe Inserat.)

### Württemberg.

(-) **Stuttgart, 28. Jan.** (Stellenlosigkeit.) Nach einer Mitteilung der Handlungsgesellenverbände sollen zurzeit über 1000 männliche und weibliche Handlungsgesellen in Stuttgart ohne Stellung sein. Kriegsteilnehmer und junge Mädchen werden daher gewarnt, dem kaufmännischen Beruf sich zuzuwenden.

(-) **Vadnung, 28. Jan.** (Großfeuer.) Gestern Abend 10 Uhr brannte innerhalb weniger Stunden die Lohmühle, Extraktfabrik und ein größerer Linderkranz mit 60 Eisenbahnwagen Gerbrinde der Firma Karl Käpf, Lederfabriken, nieder. Der Schaden ist bedeutend.

(-) **Hall, 28. Jan.** (Gefährliches Geld.) Die Amtskörperschaft Hall beabsichtigte am 20. November v. J. Gutscheine über 20 Mk. auszugeben, doch ist die Ausgabe unterblieben. Trotzdem findet man Haller Gutscheine im Umlauf, die somit sämtlich gefälscht sein müssen.

(-) **Bradenheim, 28. Jan.** (Verschobene Wahl.) In Michelbach wurde die Wahl des Ortsvorstehers verschoben, da man hofft, daß durch das zu erwartende

neue Gemeindegesetz die Möglichkeit gegeben wird, daß ein Ortsvorsteher zwei Gemeinden versehen darf. Daburch können auch kleinere Gemeinden zusammen einen Nachmann wählen.

(-) **Reutlingen, 28. Jan.** (Ausgehobenes Diebesnest.) Durch Militärbeamte wurde bei einem Kfasser ein förmliches Warenlager in Nahrungsmittel, Zigarren usw., das aus Proviantämtern stammt, ausgehoben.

(-) **Tübingen, 28. Jan.** (Besitzwechsel.) Das Hotel zum Lamm wurde von Bahya an Gustav Ackermann, Koch in Ludwigsburg, um 250 000 Mk. verkauft.

(-) **Mengen, 28. Jan.** (Eine rußlose Tat.) In der Spitalkapelle wurde das Ciborium mit den Hostien aus dem Tabernakel geraubt.

(-) **Oberndorf, 28. Jan.** (Landwirteorganisation.) Im Laufe des vorigen Monats hat sich im Oberamtsbezirk eine Berufsorganisation der Landwirte vollzogen. Es sind ihr nunmehr 5400 Mitglieder beigetreten. Die Geschäftsführung hat die Organisation seitdem ersten und zweiten Vorsitzenden (Gutsbesitzer Siegel-Lichtenegg und Karl Nees, Gutsbesitzer und Kaufmann in Ependorf), einem weiteren Bezirksausführer von 40 Mitgliedern und einem engeren Ausschuß von 19 Mitgliedern übertragen.

### Württemberg. Landesversammlung.

(Werte Sitzung. Schluß.)

Abg. Reichel (Soz.): Das Kabinett Plehling habe das Frauenwahlrecht nur unter dem Druck der Verhältnisse zur Einführung gebracht. An dem großen Ertragsverlust der Revolution lasse keine Partei nicht rütteln. Die Bedenken Grobers gegen die Aufnahme der Sozialisierung in die Verfassung sollten im höheren Interesse des Allgemeinwohls zurückgestellt werden, weil die industrielle Arbeiterschaft auf Erfüllung gerade dieses Programms den allgeröchtesten Wert legt. Auf das Verhältnis Staat und Kirche wolle er jetzt nicht näher eingehen. Angehts der früheren Fortschritte im Landes- und Reichsparlament könne man nicht der Auffassung sein, daß die vollzogenen Umwälzungen auch auf friedlichem Wege hätten erreicht werden können. Die Revolution ist als Naturereignis ausgebrochen. (Erzinsen; Nein, sie war auch vorbereitet!) Das Unterrichtsweisen muß neugeplant und eine staatsbürgerliche Erziehung eingeleitet werden. Hauptmanns Vorschlag ungenügender Vertretung deutscher Interessen hätte richtiger an die Adresse Weimanns, Hertings und des Drohen Generalstabs gerichtet werden müssen. Durch planmäßige organisierte Sozialisierung und durch Verhütung des Zerfalls des Reichs könnten wir in unserem Land auf die künftige Ausgestaltung des Völkerbundes Einfluß nehmen. Der wirtschaftliche Wiederaufbau sei die größte Arbeit. Wir seien jetzt materiell ein armes Volk und von innen und außen Gefahren stark bedroht. Bei unseren Gegnern triumphierte jetzt der siegestrunkenen Kapitalismus und Imperialismus. Kohle und Eisen seien unsere wichtigsten Grundlagen und dürfen uns nicht entzogen werden. Dafür müssen auch die deutschen Arbeiter eintreten. Wenn man den Grundbesitz anerkennt, die alte Gewalt mit Gewalt zu kürzen müsse man der prov. Regierung auch das Recht einräumen, von der Gewalt Gebrauch zu machen. In Cannstatt und bei Daimler seien die Arbeiter mit Gewalt bedroht worden, die Demonstrationen mitgenommen; es sei zu körperlichen Mißhandlungen unter den Arbeitern gekommen. Die Soldatenräte werden vor dem Urteil des Volks bestehen bleiben. Die Einrichtung des A. und S. Räte sollte aber noch Ansicht seiner Partei nur ein Proporzium darstellen. In begrünne sei, daß die Deutsche dem Partei rückhaltlos und das Zentrum wenigstens zu einem großen Teil sich auf den Boden des Regierungsprogramms gestellt hat.

Abg. Bazille (Bürger-Partei): Es hätte ihn gestört, wenn die Volkspartei der Regierung neben dem Dank an die Soldatenräte auch Worte des Dankes an unsere Truppen gefunden hätte. Infolge dessen ist es eine Ehrenpflicht der Landesversammlung, dieses Verbleiben nachzuholen. Mit Genugtuung erfüllt ihn, daß auch Hauptmann der Hege gegen die Offiziere entgegengetreten sei. Damit seien die Hegezeiten auf sozialdemokratische und demokratische Seite im Wahlkampf widerlegt. Die Truppen an der Front sind nicht schuld, daß das prophetische Wort Bismarcks sich erfüllt hat: „Der nächste Krieg bedeutet entweder die Vertilgung Deutschlands von der Oberfläche Europas oder die Vertilgung Frankreichs.“ Ein kommender Protest gegen die große Schmach, die man unserem Kaiser antun will, ist notwendig; es handelt sich um die Würde der deutschen Nation. Als nationale Schmach hat man es in den Wahlkämpfen empfunden, daß man den Namen des Generals Ludendorff fortgesetzt befehle hat. Der Krieg war verursacht durch den eigentlichen Imperialismus. Gegenüber der Verhörung Hauptmanns, der Dualismus zwischen Militär und Zivilgewalt sei am Ausgang des Krieges schuld, verweist der Redner auf den Ausspruch Weimanns Holweg nach der Kriegserklärung Englands: „Meine Politik ist zusammengebrochen wie ein Kartenhaus.“ Die maßgebende Richtung ist immer nach links gegangen. Weimann, Holweg war bekanntlich ein Liebhaber der demokratischen Richtung im Reichstag. Zum Zusammenbruch haben die untern Feinde wohl-knownnten politischen Schwächen des deutschen Volkes geführt. Ich unterbreite den Satz Hauptmanns, daß die Politik es war, die zum Zusammenbruch geführt hat. Das Reich ist in Mächtflosigkeit gesunken, weil die Revolution unser Heer vernichtet hat; hat aber die Revolution uns das gebracht, was sie versprochen hat: Frieden, Freiheit, Brot? Das Gegenteil! Vielleicht erst mit ein Teil des Hauses, daß der Tragödie von Deutschland Macht die Tragödie des deutschen Sozialismus an dem Fuße nachfolgt. Für uns ist die Staatsform kein Punkt unseres Programms, denn die Staatsformen haben sich den Bedürfnissen der Nation unterzuordnen. Wir geben aber damit nicht zu, daß die Republik besser sei als die Monarchie. Die Worte Hauptmanns für den König freuen uns, aber wir hätten auch gewünscht, daß das Gefühl der Treue beim Volk etwas lebendiger geblieben wäre. Redner vernicht das Schien jeglichen Rechenschaftsberichts der Regierung über alle Ausgaben. Es frage sich auch, ob die Fragen Kirche und Staat und Sozialisierung peremitt werden könnten in einer vernünftigen Mitte. Zur Volkspartei der Regierung können wir jetzt keine endgültige Stellung einnehmen, es fehlt vieles, worüber wir Klarheit haben wollen. Wir werden nicht von voreherein jede Mitarbeit ablehnen. Wenn keine Einigung zustande kommt, so werden wir auch dann bereit sein, mit der Regierung zu arbeiten, soweit es sich mit dem Gesamtwohl verträgt. Auf Antrag Grobers wird die Volkspartei der Regierung einem Ausschuß von 24 Mitgliedern überwiesen.

Stuttgart, 28. Januar.

(Fünfte Sitzung.)

Minister Baumann: Die erste Aufgabe des Ernährungswezens war, die Ernährung nicht zu verlicheln. Die Truppen mußten bei der Rückkehr von der Militärverwaltung weiter versorgt werden. Es mußte Vorkahrung getroffen werden, daß von den Beständen Württemberg nichts ausgeführt werde. Auch die Einfuhr von Norddeutschland blieb nicht aus. Die erhöhte Produktion ist ohne Zufuhr von außen nicht möglich. Leider ist von den Gegnern darin noch nichts geschehen. Günstiger steht die Versorgung mit Fleisoh. Der Winterbedarf des Heeres hat es ermöglicht, fürs Reich ab Februar die Katron zu erhöhen. Die Eindeckung mit Kartoffeln ist befriedigend. Die meiste Sorge macht die Futterversorgung. Eine nennenswerte Besserung ist nur durch Zufuhr vom Ausland möglich; das ist Sache des Reichs.

Abg. Bruchmann (D. D. P.): Die Grundlage zur heutigen Lage wurde geschaffen, als wir vor 20 Jahren Englands Land anerkennen. Damals konnten wir aber nicht auf den Ausbau der Industrie verzichten. Wir sind in den Krieg getreten



mit geschwächten Bundesgenossen. Der größte Fehler war die Feinde von Amerika. Im Innern war es die Unkonkurrenzposition gegen das allgemeine Wahlrecht in Preußen. Die innere Front des Admirals Tirpitz brach zusammen, als er den Führern der Vaterlandspartei offenbarte: Ein Bluff ist mein U-Boothrieg gegen England gewesen, ich habe diesen Bluff für nötig gehalten, weil England auch mit diesen Bluffs arbeitet. Die Mehrheitsparteien haben das früh genug eingesehen. Bei jeder militärischen Ausbildung fehlte jede Beziehung zum Soldaten zum Menschen. Dazu kam die verkehrte Aufklärung durch die jungen unerschaffenen Offiziere und die bekannten Ungleichheiten; das alles hat die Heere erschöpft. An der Kampffront war das Verhältnis zwischen Offizieren und Mannschaften gut, weil die Notwendigkeit dazu lehrte. Am Schluss haben die Dispositionen nicht mehr gewagt, die Wahrheit zu melden. Die rein militärischen Eigenschaften Ludendorfs zweifeln wir nicht an, aber weltpolitische Einsicht hat er nicht gehabt. Dazu die Uebermacht der Gegner. Ein furchtbarer Mißbrauch der Spannkraft des Volkes wurde durch die Stimmungsmache für die Offensive getrieben. Und dann hätten wir weitermachen sollen. Dann hätten die revolutionären Einflüsse. Die Revolution ist ja nach der Auffassung der beiden sozialistischen Parteien ein wohlüberlegtes Vorgehen gewesen. Die Waffenstillstandsbedingungen sind durch die Revolution erschwert worden. Ich bedauere die Behandlung der Offiziere in den ersten Tagen der Revolution. Die alte Disziplinlosigkeit droht unserem Wirtschaftsleben. 2 Millionen Arbeitskräfte haben wir eingebüßt. Wir arbeiten nicht einmal 8 Stunden. 547 Millionen Erwerbslosensfürsorge müßten wir in Württemberg jährlich bezahlen, wenn wir so weiter gehen. Die Kohle reicht kaum für uns, Koks ist im Elsaß, und sonstige Rohstoffe haben wir nicht. Mit diesen Arbeitszeiten und Löhnen können wir auf dem Weltmarkt nicht aufstehen. Können wir keine Waren exportieren, so müssen wir Menschen exportieren. Der Standenort ist nur international zu regeln. Die Steuern können nur Erträge bringen, wenn die inneren Ressourcen erhalten worden wären. Aber diese werden vollständig erschöpft. Die Arbeitnehmer wollen durch Sozialisierung Anteil haben an dem Gewinn. Das entgeht aber dann alles dem Staat. Die Steigerung des Exports ist Sache der Privatindustrie. Deshalb muß man auch die Industrie so weiterarbeiten lassen. Die Betriebsräte müssen wir fördern, der Unternehmer muß seinen Arbeitern die Gelegenheit geben, nicht bloß zu verdienen, sondern auch zu lernen. Die Richtlinien der sozialistischen Kommission können wir anerkennen. Es geht nicht, daß die Regierung zugreifen will in der Frage der Reparation. Wir glauben, daß unser Volk in freier demokratischer Verfassung durch erhöhte Arbeitskraft sich wieder erholt. (Beifall.) Die A. und S. Räte sollten dem Müßiggang in den Kasernen steuern. In der Landwirtschaft soll die Zwangsverpflichtung bald aufhören. Die Produktion muß auch hier gefördert werden. Ein künstlicher Beitrag der Regierung erscheint mir unwahrscheinlich. Ein königliches Gebäude könnte man auch der Handwerkschule überlassen. Nur durch die Entwicklung der Persönlichkeit kann die Gefahr der Masse gemindert werden. (Beifall.)

**Landesversammlung.**  
5. Tag. 28. Januar.

**Die Ministerkrise beendet.**

Der Herr Gröber hat durch seine gestrige Rede die Minister auf den Plan gerufen. Der Minister des Ernährungswesens, Herr Baumann, stellte den Stand der Ernährungsfrage im allgemeinen befriedigend dar für die gegenwärtigen Verhältnisse. Die Fleisch- und Kartoffelversorgung ist günstiger, als Brot- und Fettversorgung, die ganz von der Zufuhr vom Ausland abhängen. Von hoher Warte, als Mann des praktischen Lebens schilderte er ihm der demokratische Abgeordnete Brudmann unsere Lage. Nicht Hoffnungslosigkeit und Wehklagen, von denen die ganze Rede des Herrn Bazille durchzogen war, sondern Glaube, Vertrauen und Willen beselen den Inhalt seiner Worte. Die von Herrn Bazille verteidigte Reichspolitik der Konservativen wurde ordentlich zerstückt, die Gewissenhaftigkeit des Großadmirals v. Tirpitz beleuchtete er durch dessen eigenes Geständnis, daß sein U-Boothrieg nur ein Bluff gewesen sei. Unsere Wirtschaft kann nur durch Produktionssteigerung wieder gehoben werden, Export ist unsere einzige Rettung. Zu der materiellen Steigerung muß aber auch eine Veredlung der Arbeiter kommen, diese bedingt wieder freie Entwicklungsmöglichkeit der Persönlichkeit. Seine Auffassung von der Sozialisierung geht dahin, daß sie die Ueberflüsse in den Betrieben dem Staat zuführen läßt. Damit war in dieser Frage die Brücke zum Zentrum geschlossen. Wir haben gestern vorsichtig, wie es eine solche Frage erfordert, angedeutet, daß es etwas kriselte. Es wurde

unwichtig hinter den Kulissen gearbeitet, die Herrn W. unter nahmen Fühlung mit ihren Fraktionen. Das Resultat ist, daß die Regierungskrise beendet ist. Die Regierung hat den Wünschen des Zentrums entsprochen und vor allem die Neuerungen auf dem Gebiet des Kirchen- und Schulwesens zurückgestellt. Damit bleibt die Regierung bis zur Verabschiedung der Verfassung gefestigt auf die breite Mehrheit von Sozialdemokratie, Demokratie und Zentrum. Im übrigen war die Verteidigung der Revolution, der A. und S. Räte durch Dr. Lindemann recht schwach. Mehr Befriedigung fand die Stellung der Regierung zur Reichsverfassung auf der Grundlage des Föderalismus.

Von dem Leiter des Kriegswesens, dem sozialistischen Professor und Leutnant d. A. Herrmann konnte man angesichts seiner kurzen Amtsdauer keine große politische Rede erwarten. Er beschränkte sich denn auch auf eine reine Aufzählung der vom Kriegsministerium geleisteten Arbeiten. Seine Auffassung von der Stellung der S. Räte läßt den Widerspruch der bürgerlichen Parteien aus. Das Zahlenmaterial über den württ. Anteil am Krieg hätte auch Herrn Bazille die Augen öffnen können, sie geben ein schreckliches Bild von unserer Erschöpfung. In der künftigen Gestaltung unseres Volkheeres hat Württemberg partikularistische Ideen ziemlich stark zurückgestellt.

Das Hans war schon milder, als Herr Andre vom Zentrum noch das Wort erhielt. Wie nicht anders erwartet, konnte er auch keinen Schluß rechtzeitig finden. Seine derbe Art ist geeignet, Haischentrufe zu provozieren, Andre beliebt, immer darauf einzugehen und sich zu ihnen zu verlieren. So war denn auch seine lange, breite Rede in der Hauptsache eine gewerkschaftliche Polemik gegen seine Berufskollegen links. In der Beurteilung unserer Wirtschaftslage geht er ziemlich einig mit Herrn Brudmann, gleich ihm rechnete er kräftig mit Herrn Bazille ab. Aber all dies hätte in viel kürzerer Zeit und mit weniger Aufwand an Stimmaterial gesehen können.

**Württemberg. Landesversammlung.**

Stuttgart, 28. Januar.  
(Fünfte Sitzung.)  
(Schluß.)

Minister Lindeman bemerkte, daß die Botschaft der provisorischen Regierung im großen Ganzen nicht ungünstig aufgenommen worden sei. Ohne Revolution wäre die Abschaffung der Ersten Kammer und der Dynastie, sowie die Einführung des Frauenwahlrechts nicht so rasch gekommen. Der Minister gab namens der prov. Regierung die Erklärung ab:

Eine Zentralisierung des Reiches lehnen wir ab und halten daran fest, daß der Charakter der Bundesstaaten im wesentlichen erhalten bleibt. Wir sind weiter der Ansicht, daß Vorschriften, wie sie in Art. 12 der Reichsverfassung niedergelegt sind, nicht ohne Zustimmung der Bundesstaaten in die Reichsverfassung aufgenommen werden können. Wir gehen davon aus, daß der Bestand Preußens im wesentlichen erhalten bleibt. Sollte eine Zerlegung Preußens eintreten, so würde das nach unserer Auffassung die Bildung einer zentralen Reichsgewalt bedeuten, was mit dem Ende der Bundesstaaten gleichbedeutend wäre und sie zu Selbstverwaltungskörpern herabdrücken würde. Das Betreten dieses Weges würde zum Zerfall des Reiches führen, dessen Einheit allein durch die föderative Verfassung verwirklicht wird.

Der Minister spricht für die Arbeiter- und Soldatenräte; waren sie nicht gewesen, dann wäre die ganze Verwaltung der Gemeinden unmöglich gewesen (leb. Widerspruch in der Demokratie, Zeit und rechtlich). Die Regierung glaubt in ihrer Botschaft bereits einen Rechenschaftsbericht gegeben zu haben (Verfassungsentwurf, Notgesetz und Reform zur Gemeindeordnung, Landwirtschaftskammer, Arbeits- und Ernährungsministerium, öffentliche Arbeiten, Reichskanal, Verkehrsweisen, Fortverwaltung, Sozialversicherung, Reform der Staatsverwaltung). Gegen die in Untersuchungshaft befindlichen Spartakusführer sei ein regelrechtes Gerichtsverfahren eingeleitet worden; auf Grund der Ergebnisse stehe ein gerichtlicher Haftbefehl bevor. Das Los der deutschen Kriegsgesangenen sei schlimm. Wenn tatsächlich Hunderttausende von ihnen jahrelang nach dem Frieden in Lohndiener zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete verwendet werden sollten, so würde das mit den Begriffen der Humanität und des Völkerrechts nicht vereinbar sein. Der neue Kriegsminister Herrmann gab Aufschluß über

die Soldatenräte, die in ihrer jetzigen Form erst dann nicht mehr nötig seien, wenn das neue auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht aufgestellte Volkheer reichsgesetzlich festgelegt und den S. Räten ihre Stellung im Heere gesetzlich angewiesen sei. In Württemberg waren 61000 Kriegsgefangene untergebracht; die Franzosen, Engländer und Belgier sind abtransportiert; vorhanden sind noch 13000 Russen, 2500 Rumänen und 1000 Serben, deren Abtransport sobald wie möglich in die Wege geleitet wird. In nächster Zeit werden in Stuttgart militärische Gebäude für Wohnzwecke frei. In den Krieg sind 3000 Offiziere und 98000 Unteroffiziere und Mannschaften gezogen. Die Friedensstärke hat 31000 Mann betragen; während des Krieges befristete sich die Kopfzahl des württ. Kontingents auf 248000 Köpfe; einschließlich der nachgehobenen Truppen sind 520000 Mann ins Feld geschickt worden, also rund 21 Prozent der gesamten württembergischen Bevölkerung. Davon sind gefallen 50000 Offiziere und Mannschaften, d. h. 8,3 Prozent, 158000 verwundet, = 30,4 Prozent und vermißt 17000 = 3,4 Prozent.

Abg. Andre (S.) betonte, die wichtigsten Erklärungen hätten in einem früheren Stadium gemacht werden sollen, damit die Redner hierzu Stellung nehmen könnten. Infolge der großen Mißwirtschaft wird eine allgemeine Rationierung eintreten. Es fällt auf, daß der Minister des Innern kein Wort des Dankes für seine Beamten, sondern nur für die Arbeiter rief. Ein verarmtes Land dürfe sich einen solchen höflichen Apparat nicht leisten. Das Zentrum bezürge die Erklärung des Ministers, die Frage der Kirche und Schule zurückstellen zu wollen. Die Parteipolitik darf auf den Verantwortegeist nicht so sehr einwirken. Der russische Rubel beweist, daß die Revolution in Deutschland kein Ruineereignis gewesen ist. Zu den Arbeiten für die Reichsanstaltisierung sind vom Arbeitsministerium 2200 Arbeiter angefordert worden, wogegen sich nur 400 Arbeiter meldeten.

Stuttgart, 28. Januar.

(Sechste Sitzung.)

Eröffnung der Sitzung 3 1/2 Uhr.  
Abg. Gröber (Str.) erklärt, er ziehe seinen Antrag betr. Verweisung der Botschaft an einen besonderen Ausschuss zurück.  
Abg. Klara Zerkin (U. S. P.): Im Gegensatz zu allen anderen Parteien steht meine Fraktion der Botschaft der Regierung feindlich gegenüber. Im Grunde ist die Zusammensetzung der Regierung gleichgültig, denn sie hat die gleiche Politik verfolgt, wie wenn es 5 Bürgerliche und 3 Sozialisten wären, nämlich eine bürgerliche Politik, oberhalb und ausgeschmückt mit sozialistischen Redewendungen. Der Krieg war notwendig, geboren aus den weltwirtschaftlichen Verhältnissen zur Ausherrschung des Militarismus, die Revolution war notwendig zur Herbeiführung des Waffenstillstands, des Frauenwahlrechts. Wir sehen unsere Friedenshoffnung nicht auf die 14 Punkte Wilsons, sondern auf die erwachenden Arbeitermassen in den Ententestaaten. (Die konserv. Fraktion verläßt den Saal.) Deutschland ist als Einheitsstaat und nicht als Föderativstaat anzuführen. Die Zentralisation der Gewalt muß Hand in Hand gehen mit der Dezentralisation der kulturellen Eigenarten. Die Verhaftungen der Spartakusführer sind zu Unrecht erfolgt. Die Verhafteten sind in einen Hungerstreik am Sonntag eingetreten, um endlich vernommen zu werden. (Die Konferenz, erschienen wieder im Saal.) Wir fordern die Verlegung des Aktenmaterials. Wir vermischen, daß die Regierung nicht den ersten Schritt zur Herbeiführung der Sozialisierung getan hat. Wir vermischen Erklärungen über die Arbeitspflicht, das arbeitslose Einkommen, die Volkswirtschaft, wir vermischen eine Neuordnung des öffentlichen Gesundheits- und Bildungswesens, soziale Fürsorge für Mütter und Kinder. Wir wollen nicht das Privateigentum der kleinen Bauern verstaatlichen (Hört, Hört!), sondern erst das Privateigentum an Produktionsmitteln. Der wichtige Sozialismus kann nicht sozial kommen, sondern er wird die Folge eines Entwicklungsprozesses sein. Den gilt es zu überbrücken, und das tut die Regierung nicht. Sie können wir nicht überzeugen, aber wir hoffen auf die Massen.

Präsident Reif: Es ist ein Antrag eingegangen, unterzeichnet von Hausmann, Gröber, Fr. Fischer, der prov. Regierung das Vertrauen auszusprechen und sie aufzufordern, die Regierung weiter zu führen.  
Justizminister Dr. v. Kienle: Die Verhaftungen waren eine vorübergehende Maßnahme, um die öffentliche Sicherheit gegen die Gewalt zu schützen. Hat ja doch ein Flugblatt zum öffentlichen Kampf aufgefordert. Ein bezügeltes Wort, das damals gefallen ist, lautete: Heute muß Blut fließen; daß das Königs- trage übertrübt, Berlin müsse ein Anterspiel sein gegenüber Stuttgart. Die Verhafteten waren gar nicht erlaubt über ihre Erhaltung. Einer erklärte: Wenn es uns geglikt wäre, so hätten wir Sie nicht nur verhaftet, sondern gleich abgeurteilt.

Von der Fraktion der Bürgerpartei und des Bauern- und s. s. folgender Antrag eingebracht worden: Die Landesversammlung wolle beschließen: Die prov. Regierung wolle sich mit allen Mitteln dem völkerverwundlichen, das deutsche Volk demütigenden Verlangen auf Auslieferung des bisherigen deutschen Kaisers und Aburteilung desselben durch ein von der Entente einzusetzendes Gericht widersetzen.

Druck und Verlag der Hofmann'schen Buchdruckerei in Wildbad. Verantwortlich: G. Reinhardt, daselbst.

**Bekanntmachung**

Die Auszahlung der Familienunterstützungen findet am Freitag den 31. Januar 1919 von nachmittags 2-5 Uhr statt. Etwaige Entlassungsscheine wären mitzubringen. Wildbad, den 29. Januar 1919. Stadtpflege.

**Verkauf von Geschirren und Fahrzeugen durch die Heeresverwaltung.**

Die Fuhrwerkbesitzer und Landwirte, welche Geschirre und Fahrzeuge von der Heeresverwaltung erwerben möchten, wollen ihren Bedarf auf dem Meldeamt anzeigen, da ohne Bescheinigung der Ortsbehörde und ohne Vorausbestellung bei dem Deposits nichts mehr abgegeben wird. Wildbad, den 29. Januar 1919. Stadthauptmann Wagner.

**Turn-Verein Wildbad.**  
Am Samstag, den 1. Februar findet im

Hotel Palmengarten abends 7 1/2 Uhr wegen wichtiger Besprechung eine **Versammlung** statt, recht zahlreiches Erscheinen dringend notwendig. Der Vorstand.

**Einladung.**

zum **Unterhaltungsabend** des ev. Kirchenchors (unter gütiger Mitwirkung des Liederkranzes) im Lindensaal am Samstag, den 1. Februar abends 7 1/2 Uhr für die aktiven und passiven Mitglieder der beiden Vereine. Sonntag, den 2. Februar abends 7 1/2 Uhr für Nichtmitglieder Eintrittspreis 50 Pfg. reservierten Platz 1 Mark Sonntag mittags 2 Uhr Aufführung für Kinder Eintrittspreis pro Kind 20 Pfg. Ev. Kirchenchor.

2-3 schöne bürre **Milchkühe** hat wegen Futtermangel zu verkaufen Müller, Ziegelhütte. **Reißig-Bejen** Wilhelm Rath. Eine guterhaltene **Schener** mit Ziegeldach hat zu verkaufen. Eisele Schreiner.

**Liederkranz Wildbad.**

Nach 5-jähriger Unterbrechung findet am Samstag den 1. Februar im **Gasthaus zur Linde** eine **Gesangs-Unterhaltung** in Gemeinschaft mit dem ev. Kirchenchor statt, wozu die verehel. Ehren- und passiven Mitglieder freundlichst eingeladen werden. Anfang 7 1/2 Uhr. Der Ausschuss. Wildbad.

**Freiwillige Versteigerung.**

Am Montag, 3. Febr. vorm. 9 1/2 Uhr kommen am Haupteingang des Badhotels Wildbad (Kurplatz) folgende Gegenstände gegen Barzahlung zur Versteigerung: 7 Sofa, 12 Polsterstühle, 8 Ovale, 12 Kleiderständer, 24 Wandbilder, 3 Nachttische, Portierentstoffe und sonstige Gegenstände zur Versteigerung.

